

Trotz den tiefen Hypothekarzinsen können sich immer weniger Schweizer Haushalte ein Eigenheim leisten **SEITE 25**

Peking will mit «Made in China 2025» die Wirtschaft umbauen und die Welt erobern **SEITE 28**

Es kommt Bewegung in die Chefetagen

Überraschender Anstieg des Frauenanteils in Schweizer Geschäftsleitungen – die Privatwirtschaft hinkt dem öffentlichen Sektor hinterher

NATALIE GRATWOHL

Jahrelang verharrte die Präsenz der Frauen an der Spitze von Schweizer Unternehmen auf tiefem Niveau. Doch jetzt wurde erstmals ein sichtbarer Anstieg verzeichnet. In den Geschäftsleitungen der 100 grössten Schweizer Arbeitgeber ist der Frauenanteil im vergangenen Jahr auf 8% von 6% gestiegen, wie die jüngste Erhebung des Executive-Search-Unternehmens Guido Schilling zeigt. Rund ein Fünftel der Vakanzten sind mit Managerinnen besetzt worden, was Guido Schilling als «Knüller» bezeichnet. Im Jahr zuvor waren es nämlich lediglich 4% gewesen. Unklar sei jedoch, ob es sich dabei um einen Ausreisser oder den Anfang eines Aufwärtstrends handle.

Quote oder Freiwilligkeit

Trotz diesen Fortschritten sind hierzulande Frauen in Geschäftsleitungen immer noch dünner gesät als in zahlreichen anderen Ländern. Laut den Daten des Peterson Institute for International Economics nahm die Schweiz 2016 bezüglich der Vertretung von Frauen in der Geschäftsleitung den 56. Rang von insgesamt 59 untersuchten Ländern ein.

Auch im Vergleich mit dem öffentlichen Sektor beziehungsweise den Füh-



In kleineren Schweizer Unternehmen können Frauen etwas leichter aufsteigen als in den Grosskonzernen.

ANNICK RAMP / NZZ

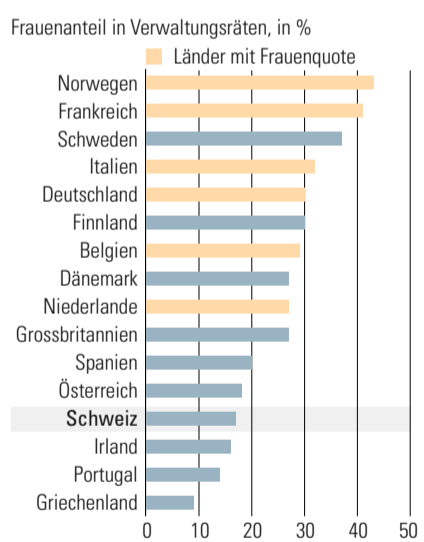
2015 hat der Arbeitgeberverband eine Liste von 400 Kandidatinnen für VR-Mandate vorgestellt und ein Jahr später einen Verhaltenskodex für Personalberatungsfirmen angeregt. Diese sollen auf der Kandidatenliste jeweils mindestens eine Frau empfehlen. Mittlerweile sind alle angefragten 32 Firmen an Bord. Bis Februar 2021 soll laut den Initianten des Projekts in den 150 grössten Schweizer Unternehmen mindestens eine Frau im Verwaltungsrat sitzen, in Gremien mit über fünf Personen deren zwei. Zur Unterstützung der Firmen, die VR-Mitglieder suchen, werden im dritten Quartal dieses Jahres Handlungsempfehlungen erarbeitet. Zudem führe man derzeit Gespräche mit Firmen, die noch keine Verwaltungsrätin hätten, sagt Valentin Vogt, Präsident des Arbeitgeberverbands. Dies betreffe 50 Unternehmen.

Mehr Frauen in KMU

Von den im Schilling-Report untersuchten 119 Arbeitgebern haben 17 keine Frau im Verwaltungsrat. Und bei den Firmen Arbonia, Mövenpick, Autoneum, Phoenix Mecano, Bobst, Rieter, Burkhalter, Schmolz + Bickenbach, Franke, SFS Holding und Gategroup sind weibliche Führungskräfte weder in der Geschäftsleitung noch im Verwaltungsrat vertreten. Laut Simone Stebler, Beraterin beim Executive-Search-Unternehmen Egon Zehnder, ist es zwar etwa im Industriesektor schwieriger, Frauen für Verwaltungsratsmandate zu finden. Dennoch gebe es genügend qualifizierte Kandidatinnen, um die vakanten Positionen zu besetzen – vor allem wenn man über den Tellerrand der Branche hinausschaue.

Je kleiner das Unternehmen, desto einfacher gestaltet sich laut Personalvermittlern die Rekrutierung von weiblichen Führungskräften. Laut einer Umfrage des Beratungsunternehmens EY steigt bei mittelständischen Schweizer Firmen der Frauenanteil in den Führungsebenen ebenfalls langsam an. Demnach sind inzwischen durchschnittlich 19% der Mitglieder von Geschäftsleitungen und Verwaltungsräten weiblich, nachdem es vor zwei Jahren noch 17% waren. KMU schneiden somit bei der Frauenvertretung in Führungsgremien besser ab als grosse Unternehmen.

Die Schweiz im Rückstand



rungsgremien aller Kantone und der Bundesverwaltung gibt es Nachholbedarf. Gegenwärtig sind laut der Erhebung 14% der Topkader (Bundeskanzler, Amtsleiter, Generalsekretär und Staatschreiber) weiblich. Erklärt wird der höhere Anteil unter anderem damit, dass der Beruf besser mit der Familie zu vereinen ist, sowie der Tatsache, dass im öffentlichen Sektor der Weg zu mehr Diversität schon länger über alle Hierarchiestufen hinweg beschritten wird.

In den Regierungsräten und im Bundesrat beträgt der Frauenanteil durchschnittlich 24%. Zum Vergleich: In den Verwaltungsräten der Schweizer Unternehmen ist der Anteil im vergangenen Jahr auf 17% von 16% gestiegen. Laut Schilling reicht der gegenwärtige Zuwachs an Verwaltungsrätinnen allerdings nicht aus, um die Frauenquote in den kommenden fünf Jahren auf die von

der Politik geforderten 30% zu erhöhen. Der Bundesrat will nämlich eine sogenannte weiche Frauenquote für Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen einführen. Erreichen die Unternehmen den Richtwert von 30% in Verwaltungsräten und von 20% in Geschäftsleitungen nicht, sollen sie dies im Geschäftsbericht begründen müssen. Dass das Parlament diesen Plänen folgen wird, scheint aber eher unwahrscheinlich.

In Ländern wie Norwegen, Frankreich, Belgien oder Deutschland sind Frauenquoten dagegen Realität. In Deutschland etwa sind im Leitindex DAX kotierte Unternehmen seit Anfang 2016 verpflichtet, in den Aufsichtsräten eine Frauenquote von 30% einzuhalten. Grossbritannien hat dagegen den Weg der Selbstregulierung eingeschlagen. Wirtschaftsvertreter haben sich freiwillige Ziele für die Verwaltungsräte gesteckt und unter anderem

einen Verhaltenskodex für Executive-Search-Unternehmen eingeführt. Im Zuge der Initiative hat sich der Frauenanteil in den Verwaltungsräten der 100 grössten Unternehmen im Leitindex FTSE zwischen 2011 und 2015 mehr als verdoppelt und liegt nun bei 27%. Erreicht ist damit ein Etappenziel. Bis in vier Jahren soll laut der Initiative ein Drittel der Verwaltungsräte weiblich sein.

Vor dem Hintergrund der drohenden Regulierung hat die Schweizer Wirtschaft ebenfalls Initiativen ergriffen, wenn auch später und nicht mit den gleich ehrgeizigen Zielsetzungen wie in Grossbritannien. Seit 2014 ist im Verhaltenskodex des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse vorgesehen, dass kotierte Schweizer Unternehmen für eine «angemessene Vielfalt» im Verwaltungsrat sorgen und im Minimum eine Frau im Gremium Einsitz hat.

Die Schlacht um Obamacare beginnt

US-Republikaner wollen den Versicherungszwang abschaffen

MARTIN LANZ, WASHINGTON

Führende Republikaner im US-Repräsentantenhaus haben am Montagabend eine Gesetzesvorlage lanciert, welche «Obamacare» widerrufen und ersetzen soll. Sie wollen damit ein Wahlversprechen einlösen; ihrer Ansicht nach hat das 2010 beschlossene Krankenversicherungsgesetz (Affordable Care Act oder Obamacare) versagt.

Obamacare bzw. der Ersatz dafür betrifft jene rund 15% der US-Bevölkerung, die nicht via einen Arbeitgeber oder ein staatliches Programm krankenversichert sind. Unter Obamacare erlangten rund 20 Mio. bisher Unversicherter Zugang zu einer Krankenversicherung, so dass die Unversicherterquote 2016 auf rekordniedrige 9% sank.

Kevin Brady, Vorsitzender des Haushaltsausschusses, sagte, die Vorlage der Republikaner werde die Kontrolle über den Zugang zu Gesundheitsdienstleistung von Washington zurück ans ameri-

kanische Volk transferieren. Einige Schlüsselemente von Obamacare sollen allerdings erhalten bleiben, es gibt Übergangsfristen zum neuen System. So werden die Diskriminierung durch Versicherer wegen Vorerkrankungen und Lebensdauer-Obergrenzen für Versicherungsleistungen untersagt bleiben, wie auch Junge unter 26 Jahren weiterhin vom Versicherungsplan der Eltern gedeckt bleiben dürfen.

Neue Gesundheits-Sparkonten

Der bisherige mit Subventionen «versüsste» Versicherungszwang sowie verschiedene unter Obamacare eingeführte Steuern sollen aber wegfallen. Stattdessen sollen bedürftige Individuen und Familien, die nicht über ihren Arbeitgeber oder ein staatliches Programm versichert sind, künftig einkommens- und altersabhängig monatliche Steuergutschriften erhalten, um sich eine private Krankenversicherung leisten zu

können. Unter der republikanischen Vorlage gibt es ein volles Anrecht auf Steuergutschriften für Individuen mit Jahreseinkommen von unter 75 000 \$ bzw. für Familien mit Einkommen von unter 150 000 \$. Für unter 30-Jährige wären es 2000 \$ pro Jahr, ansteigend auf bis zu 4000 \$ für 60-Jährige und darüber. Eine Familie könnte auf Gutschriften von bis zu 14 000 \$ pro Jahr kommen. Ab Einkommen von 75 000 \$ bzw. 150 000 \$ nehmen die Gutschriften ab; allerdings wären selbst 61-Jährige mit Einkommen von bis zu 115 000 \$ bezugsberechtigt.

Um die Menschen zum Abschluss einer privaten Krankenversicherung zu bewegen und dafür zu sorgen, dass Versicherte versichert bleiben, können die Versicherer künftig Bussen von 30% erheben. Die Republikaner wollen damit sicherstellen, dass sich auch junge Gesunde versichern und nicht erst dann, wenn sie krank sind. Daraus soll ein besserer Risikoausgleich resultieren. Ne-

ben den Steuergutschriften sieht die Vorlage die Förderung von sogenannten Gesundheits-Sparkonten vor. Pro Individuum können künftig bis zu 6550 \$ (pro Familie bis zu 13 100 \$) steuerbefreit eingezahlt werden, unter der Bedingung, dass diese Gelder zur Begleichung von Gesundheitskosten eingesetzt werden.

Härtefonds für Gliedstaaten

Rund die Hälfte der 20 Mio. dank Obamacare neu Versicherten profitierten davon, dass eine Mehrheit der US-Gliedstaaten das staatliche Programm für Bedürftige (Medicaid) ausdehnte. Die andere Hälfte versicherte sich privat auf eigens dafür eingerichteten Marktplätzen (Obamacare Exchanges). Wer von der Medicaid-Ausdehnung profitiert hat, soll seine Deckung unter dem republikanischen Vorschlag behalten, und Bedürftige, welche die entsprechenden Kriterien erfüllen, sollen sich noch

bis Ende 2019 einschreiben können. Die Finanzierung der Medicaid-Ausdehnung wird derweil umgestellt: Gliedstaaten erhalten künftig Zuschüsse aus Washington auf einer Pro-Kopf-Basis statt einer Pauschalfinanzierung.

Zu guter Letzt wollen die Republikaner für Härtefälle einen Fonds einrichten zugunsten der Gliedstaaten. Über 10 Jahre sollen den Gliedstaaten 100 Mrd. \$ zur Verfügung gestellt werden, um private Versicherungsmärkte zu stabilisieren, hohe Selbstbehalte von Versicherungsnehmern zu senken oder den Zugang zu präventiven Gesundheitsdienstleistungen zu ermöglichen. Die Hoffnung der Republikaner scheint zu sein, dass die Kürzung der Obamacare-Subventionen und der Medicaid-Finanzierung zugunsten der Gliedstaaten sowie der Erhalt gewisser Steuern die Vorlage haushaltsneutral ausfallen lassen werden. Am Mittwoch werden Ausschüsse des Repräsentantenhauses Teile der Vorlage beraten.